

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

**Abonnementpreis** mit der wöchentl. Unterhaltungsbeilage *Leben, Wissen, Kunst* sowie der Frauen- und Jugendzeitung *einjährig* monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.—. Erscheint wöchentl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

**Redaktion:** Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.  
**Expedition:** Zwingerstraße 21. Telefon 1769.  
**Verlagszeitung:** von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

**Inserate** werden die 6geposteten Zeilen mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 50 Pf. Insete müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 284.

Dresden, Mittwoch den 8. Dezember 1909.

20. Jahrg.

## Scharfmacher in Uniform.

Ein Arbeiter der Kaiserlichen Werft in Danzig, der seit zehn Jahren im Betriebe beschäftigt war und die besten Zeugnisse von seinen Vorgesetzten hatte, entdeckte eines Tages schwere Missetaten; er ließ sich beifolgend, davon an der „zuständigen Stelle“ Meldung zu machen und auf Abhilfe zu dringen. Wie es so gewöhnlich in Deutschland zu gehen pflegt, wenn einer den Kampf gegen Missetaten und Mißbräuche aufnimmt, bekam ihm dieser Versuch sehr schlecht. Die feinen Einrichtungen der Bureaukratie fügten es nämlich, daß einer von den Uniformierten in dieser Sache zugleich Angeklagter und Richter war, womit denn wohl schon genügend bewiesen ist, daß er recht und der Arbeiter unrecht hatte. Der Mann flog prompt aus dem Betriebe heraus, und zwar mit der Begründung, er sei ein „sozialdemokratischer Agitator“, für den die Kaiserliche Werft keinen Platz habe. Diese ungeheuerliche Lat, die der mildeste Scharfmacher nicht anders hätte tun können, suchte im Reichstag nicht nur der Staatssekretär der Marine, sondern in besonders schreiendem Tone der für die Arbeiterverhältnisse auf den Werften verantwortliche Geheimrat Harms zu verteidigen. Damit hatten sie allerdings recht wenig Glück.

Die großtuerische Art, mit der der Staatssekretär die Marine-Affäre abmachen zu tun glaubte, hatte zwischen Montag und Dienstag im Parlament einen bemerkenswerten Stimmungswandel herbeigeführt: die Verteidiger verkrümelten sich lautlos, die Ankläger aber gingen um so härter ins Zeug, so daß der Schluß der Debatte eine vernichtende Niederlage für das System Tirpitz bedeutete. Vernehmlich die trefflichen Ausführungen unserer Abgeordneten Severing und Begien machten einen tiefen Eindruck und gaben der Werftinterpellation die entscheidende Wendung.

Man spricht bei uns von der „Kaiserlichen“ Marine, wie man von des „Königlichen“ Reichs“ spricht. Dieser Reichs wird vom Volke bezahlt; des Volkes Söhne werden mit ihm bezahlt und die Arbeit des Volkes muß sie ernähren, solange sie ihn tragen. Den uniformierten Herren ist das Gefühl dafür allerdings vollständig abhanden gekommen und deshalb war es die höchste Zeit, daß ihnen einmal gründlich unter die Nase gerieben wurde, welche Stellung im Volksganzen sie einnehmen und einzunehmen haben. Die uniformierten Scharfmacher klappern die Phrasen des Reichsverbandes ganz naiv nach. Sie haben keine blasse Ahnung davon, daß sie mit ihren komischen Vorschriften über die Bestimmung der Werftarbeiter ein geschriebenes Staatsbürgerrecht verletzen. Schließlich nicht anders, wie irgendein Dieb auch das geschriebene Recht durch seine Tat verliert. In ihrem Standesdünkel vergessen sie vollständig, daß heute sicher kein Kriegsschiff mehr ohne Sozialdemokraten gebaut, vielleicht nicht einmal mehr bemantelt werden kann. Sie verfügen über die Gelder des Reiches, ohne sich über ihre Herkunft klar zu werden und sind ordentlich betroffen, wenn man ihnen sagt, daß die runde Summe ihres Gehalts schließlich auch nur durch die Steuererlöse der sozialdemokratisch gesinnten Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse zusammengebracht wird.

Unsere parlamentarische Vertretung wie auch die Gewerkschaftsbewegung haben hier noch ein großes Stück von Aufklärungsarbeit zu leisten, eine Aufklärungsarbeit, die, wie gesagt, mit großem Erfolg in dieser Debatte besorgt wurde. Denn als Regien in seiner ruhigen und ironischen Weise den Staatssekretär vorgekommen hatte, wagte der sonst so Wortfertige auch nicht die leiseste Erwiderung. Was hätte er auch sagen sollen gegen die Feststellung unseres Redners: „Sie sind nicht anders daran wie ein Arbeiter auf der Werft: wenn Sie Ihrem Arbeitgeber nicht mehr passen, dann werden Sie entlassen!“ Das war eine Absuhr, die dem hochmütigen Manne sehr zu gönnen war.

Aber doch nur erst ein Anfang von dem, was zu tun notwendig ist. Mit wachsender Ausdehnung der Staats- und Gemeindebetriebe wird die Frage der staatsbehördlichen Freiheit der in ihnen beschäftigten Menschen immer dringender. Die größte Partei Deutschlands kann sich nicht länger gefallen lassen, daß sich eine Handvoll uniformierter Scharfmacher eine Herrschaft über Gewinnungen, politische Meinungen, religiöses Bekenntnis oder sonst etwas vergleichen anmaßt. Wenn der Magistrat von Dresden von jedem Gastenlehrer einen Kreuz für den Röntgen verlangt, oder wenn ein preussischer Regierungspräsident die Lehrer wegen ihrer Stimmabgabe bei den Stadtverordnetenwahlen mahregelt, wenn die Werftbetriebe und die Eisenbahnen in ihren Arbeitsordnungen das Verbot „sozialdemokratischer Agitation“ aussprechen, so sind das alles brutale Eingriffe in unveräußerliche Menschenrechte, die wir nicht nur zurückschreiben, sondern unmöglich machen müssen. Bureaukraten sind gelehrt, uniformierte Scharfmacher sind gewohnt, auf Kommando einzuschreiten; wir müssen ihnen nur mit dem gehörigen Nachdruck die Macht vor Augen führen, die wir in der Hand halten, dann gewöhnen wir ihnen ihre schlechten Sitten gar bald ab. Ehrliche Leute aus den Betrieben wegen ihrer politischen Bestimmung hinauszuwerfen, um nachher mit einer Diebstahlsklage das Geld der Steuerzahler zu verwirklichen, das hielt bisher die Marineverwaltung für ihr gutes Recht. Die moralische Schlappe, die sie im Reichstage erlitten hat, wird ihr wohl

einigen Zweifel an der Gültigkeit des Systems eingegeben haben. Eine systematisch fortgesetzte Belehrung soll nun das Werk krönen und den uniformierten Scharfmachern ihr Handwerk verleiden. Das ist der begründete Erfolg der Interpellation über den Kieler Werftprozeß.

## Eine Kundgebung für die preußische Wahlreform.

Die Kundgebung für eine preußische Wahlreform, die von der Redaktion des Berliner Tageblatts veranstaltet und von vielen hundert Vertretern der Intelligenz unterstützt wird, wird in den verschiedenen politischen Lagern vertrieben beurteilt werden, aber überall wird sie Beachtung finden und Eindruck machen. Es ist immerhin kein gewöhnlicher Vorgang, wenn sich Hunderte von Kommunalvertretern, Professoren, Schriftstellern, Künstlern, Ärzten, Rechtsanwälten sowie von Industriellen und sommergeilen Unternehmern zu einer politischen Kundgebung vereinigen, die von einer nicht amtlichen Stelle ausgeht und die in bestimmten mächtigen Gesellschaftskreisen sehr starken Widerspruch werden wird. Um indes die Veranstaltung des Berliner Tageblattes richtig würdigen zu können, ist es notwendig, den Wortlaut der neuen Wahlrechtskundgebung kennen zu lernen. Er lautet:

Der entscheidende Augenblick ist gekommen, wo es sich zeigen muß, ob der Wille des Volkes stark genug ist, Preußen, den führenden Bundesstaat, auf die Bahn des politischen Fortschritts zu drängen. Die Bewegung, die an die überstürzte und egoistische Erhebung der Reichsreform durch den schwarzblauen Block anknüpft, würde ihr Ziel gründlich verfehlen, wenn es ihr nicht gelang, endlich Preußen zu legen in die agrar-konservative Barberrichtung über Preußen und damit über Deutschland.

Ein Volk von 80 Millionen, das in Handel und Industrie, in Gewerbe und Technik, in Wissenschaft und Kunst tatlos der Volkstümlichkeit zuliebe, statt die Richtlinien seiner Politik nicht ausschließlich bestimmen lassen nach den Bedürfnissen jener kleinen Oberschicht, die sich in den stillen Provinzen Preußens dem Eindringen modernen Geistes erfolgreich entgegenstellt.

Darum ist es eine Lebensfrage für Preußen nicht nur, sondern auch für das gesamte Deutsche Reich, daß den ausstehenden Erwerbsständen der Weg freigelegt werde zur preussischen Volkstümlichkeit. Mit vollem Rechte bezeichnete daher auch die Thronrede vom 20. Oktober 1908 die organische Fortentwicklung des Wahlrechts als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart.

Es gilt, diesem Gedanken Nachdruck zu verschaffen. Es gilt zu zeigen, daß die preussische Krone sich bei dieser Forderung in Uebereinstimmung befindet mit den beruflichen Vertretern deutscher Geistesbildung und deutschen Wirtschaftslieben.

Der Text dieser Kundgebung ist, wie man sieht, mit großer diplomatischer Geschicklichkeit auf die Bedürfnisse und Auffassungen jener Schichten eingeleitet, auf die er sich wendet. Vom gleichen Wahlrecht für das die Redaktion des Berl. Tageblatts mit anerkannter Würde eintritt, ist nicht die Rede; obgleich die Anhänger des gleichen Wahlrechts unter den Unterzeichneten recht zahlreich sein dürften, glaube man doch auch Rücksicht auf jene Elemente nehmen zu müssen, die entweder Gegner des gleichen Wahlrechts sind oder sich nicht offen zu ihm bekennen wollen. Aus demselben Grunde schließt die Kundgebung, die mit einer Erinnerung an den Willen des Volkes beginnt, der doch das gleiche Wahlrecht verlangt, mit einer Verurteilung auf die „Forderung der Krone“, obgleich doch bekannt ist, daß sich die Krone für die Wahlreform nur notgedrungen begeistert und in der Erfüllung der „wichtigsten Aufgabe der Gegenwart“ durchaus keine Eile zeigt.

Diese beiden Tatsachen wird man in Abrechnung bringen müssen, wenn man den Wert der Kundgebung richtig einschätzen will. Sie ist weder ein Dokument bürgerlichen Selbsterkenntnis, noch ein Manifest demokratischer Gesinnung. Aber deswegen bleibt sie doch insoweit wertvoll, als sie ein Zeichen dafür ist, daß die Bewegung für die preussische Wahlreform in weiten Kreisen auch außerhalb der Arbeiterklasse um sich greift.

## Nichts als Juden!

Die Wahlrechtskundgebung der Intellektuellen ist den Junkern herzlich unbenommen. Sie suchen sich mit ihr daher in der ihnen eigentümlichen Weise abzufinden. So macht sich die Deutsche umfassenste Liste ein paar stark jüdisch klingende Namen herauszuheben, „damit die Leser die Bedeutung dieses Rufes selbst von Weltrauf, die man in der Redaktion der Deutschen Tageszeitung freilich nicht zu kennen braucht, wegen ihres Namens dem Beland der Rome Cohen hat es Herrn Dertel angehen. Warburger Bekehrung der Philosophie, Hermann Cohen, wahrhaftiger Philosoph daziert. Das Herr Dertel just diesen Cohen schämen“, sichert ihm einen Platz in der deutschen Ruhmeshalle nächst neben seinem antilemischen Kollegen Viehölwel, dem berühmten Vertreter der dummen Kreis von Wien.

## Deutsches Reich.

**Gegen den Zwangsarbeitsnachweis der Arbeitlosen.**

Wegen des von den rheinisch-westfälischen Arbeitlosen geplanten Zwangsarbeitsnachweises zur Vermeidung der Bergarbeiter hat der Verband deutscher Arbeitlosen eine Petition an den Reichstag für bergbauliche Interessen in Essen ein Schreiben gerichtet, in dem es u. a. heißt:

Der Verband deutscher Arbeitlosen hat den Reichstag ersuchen, einen zentralisierten, lediglich durch die Vertreter der höchsten Arbeitlosenverbände für das Ruhr-Rheinrevier eingerichteten, der Vorstand deutscher Arbeitlosen, welcher mit Zustimmung und mit materieller Unterstützung der Reichsregierung sich die Aufgabe gestellt hat, die Einrichtung allgemeiner öffentlicher und partieller Arbeitlosenverbände zu fördern, möchte es nicht unterlassen, an den Reichstag die dringendste Bitte zu richten, von diesem Vorhaben abzusehen und die Einrichtung eines gleichmäßig von Vertretern der Arbeitlosen und Bergarbeitern geleiteten Arbeitlosenverbands in Erwägung zu ziehen. Die große Erregung, welche die Nachricht von der beabsichtigten Einrichtung des Arbeitlosenverbands in Kreisen der Bergarbeiter hervorgerufen hat, mag es unabweisbar, daß diese Einrichtung nur geeignet ist, die Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im dortigen Bergbaubetrieb zu verschärfen. Andererseits hat der Verband die Befürchtung gemacht, daß durch das Zusammenarbeiten von Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der paritätischen Arbeitlosenorganisation in hohem Grade geeignet ist, etwa vorhandene Gegensätze abzumildern und künftigen Streitigkeiten vorzubeugen. Wir sind der Überzeugung auf Grund unserer praktischen Erfahrung, daß die Vertreter der Arbeiter selbst am ehesten geneigt sein werden, die Hand dazu zu bieten, um Maßnahmen zur Beseitigung von Mißständen auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags zu treffen und die ordnungsmäßige Durchführung des Arbeitsvertrags von beiden Seiten zu gewährleisten.

Der Verband deutscher Arbeitlosen hat sich auf dem Standpunkt gestellt, daß ein gesellschaftlicher Eingriff zum Zweck der zentralisierten Einrichtung des paritätischen Arbeitlosenverbands nicht erwünscht ist, daß vielmehr das Prinzip der paritätischen Organisation des Arbeitlosenverbands sich von selbst durchsetzen würde, als der einzigen Möglichkeit zur Beseitigung der naturgemäßen auf diesem Gebiete zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bestehenden Gegensätze. Keine der beiden Parteien wird es mit ihren Interessen für vereinbar halten können, daß die andere Partei allein die Verwaltung des Arbeitlosenverbands führt, und so werden sich aus der einseitigen Verwaltung auf diesem Gebiete die schärfsten Gegensätze entwickeln, die nur durch eine gemeinschaftliche Tätigkeit auf diesem Gebiete zum Ausgleich kommen können. Wir bitten daher dringend den Reichstag, die Einrichtung eines paritätischen Arbeitlosenverbands im Ruhr-Rheinrevier in Erwägung ziehen zu wollen.

Das Schreiben des Verbands deutscher Arbeitlosen ist von den Arbeitlosen, denen es ja lediglich auf einseitige Machtentfaltung ankommt, mit böhmischen Gesäßen an den Rücken gelegt worden. „Dringendste Bitten“ privater Organisationen werden sie gewiß nicht von ihrem Gewaltstreik zurückhalten. Die Gewißheit, daß die Regierung ja nur für die Herren im Hause arbeitet, wird sie rücksichtslos zu der denkbar brutalsten Kooperation der Bergarbeiter zwingen lassen.

## Die gestellten Liberalen.

Das Zentrum hat einen Antrag auf Entlassung des Reichskanzlers eingebracht. Die Nationalversammlung bemerkt dazu:

„Nächst lassen wir in einem Zentrumsblatt eine böhmische Bemerkung darüber, daß die Liberalen nach dieser Richtung nichts Positives zustande gebracht hätten. Die lag aber doch die Sache in Wirklichkeit? Das Zentrum verfolgte damals jedes Resultat, indem es überall radikaleren Anträge stellte als die Liberalen. Diese nahmen Rücksicht auf die konservativen Blodgenossen und mühten sich vergebens, sie zu annehmbaren Zugeständnissen zu bewegen. Jetzt fällt natürlich solche Rücksicht fort — für die Liberalen.“

Darin liegt zunächst das offene Zugeständnis, daß die Nationalliberalen in der Blütezeit des Blocks in der Tat nichts anderes als Schlepenträger der Konservativen gewesen sind, ferner die Ankündigung, daß die Liberalen jetzt keine Rücksicht mehr nehmen werden. Man wird natürlich keine allzu großen Hoffnungen auf die angelegte Rücksichtlosigkeit setzen dürfen. Man darf nicht vergessen, daß sie dem nationalliberalen Seite ausgeht.

## Zur Maßregelung der Lehrer in Rattowitz.

Angeklagt soll der preussische Kultusminister mit der Maßregelung der Lehrer in Rattowitz „nicht einverstanden“ sein. Auch aus der Tatsache, daß der Regierungspräsident in Oppeln die gemahregelten fünf Lehrer zu einer Besprechung empfangen, glaube man den Schluß ziehen zu dürfen, daß die Maßregelung in allernächster Zeit aufgehoben werde, daß die lautet eine Meldung des B. Morgenbl. aus Oppeln:

Oppeln, 7. Dezember. Der Regierungspräsident von weigerte die Zurücknahme der wegen der Stadtverordnetenwahlen in Rattowitz erfolgten fünf Lehrerverfügungen.